

PRESS-RELEASE

PRESSEINFORMATION

25. August 2015

Bahnlärm – Brüssel muss Farbe bekennen! Bahnlärminitiativen auf dem Kriegspfad!

Nachdem sich jetzt die neue EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc an Bundesverkehrsminister Dobrindt gewandt hat und vor einem Alleingang in Sachen Fahrverbot für laute Güterzüge ab 2020 warnt, sind die Bürgerinitiativen bundesweit auf dem „Kriegspfad“.

Erste offene Briefe, wie der von Hartmut Rocker von der Interessengemeinschaft der Bürger/Bahnanlieger in Oldenburg (IBO), sprechen von einem Handeln gegen das Volk und zugunsten von Lobbyisten, was dazu führe, dass sich immer mehr Menschen von Europa abwenden. Dem pflichtet auch das Bürgernetzwerk Pro Rheintal bei, denn die EU, die um ihre finanziellen Mittel und Möglichkeiten kämpfe, sei dabei, ihre Seele zu verkaufen, sagt Frank Gross, Vorsitzender und Sprecher der Initiative. In puncto Bahnlärm sei die EU vollkommen ahnungslos und ohne fachliche Kompetenz. Man argumentiere mit Interoperabilität, wo es gar nicht um Interoperabilität gehe. Bahnländer wie Deutschland, die Niederlande, die Schweiz oder Österreich könnten im Güterverkehr nicht mit Ländern wie Spanien oder Portugal, Slowenien oder Frankreich verglichen werden.

Die Güterfahrzeuge, die in Europa verkehrten, stammten zumeist von großen deutschen oder schweizerischen Waggonverleihern, und die seien schon aus eigenem Interesse auf Interoperabilität, wo gefordert, ausgerichtet. Allerdings schere sich diese Industrie nicht im Geringsten um Lärmschutz und deshalb sei die nachts verkehrende Güterbahn eine der umweltfeindlichsten Verkehrsmittel überhaupt. Die Frage sei, ob sich ein Land wie die Bundesrepublik eine derart defizitäre und wenig effektive Art des Gütertransportes weiter leisten könne und wolle. Man sei schließlich eine Autonation und das Elektro-, Wasserstoff-, Gas- oder Sonstwie-Auto sei in greifbare Nähe gerückt!

Die EU mache sich derzeit zum Sprachrohr der Bahnlobbyisten und verhindere damit effektiven Lärmschutz in Europa. Nur in der Schweiz,

die nicht zur EU gehört, sei man beim Lärmschutz vorangekommen. Immerhin sei es dank der Arbeit der Initiativen inzwischen so, dass die deutsche Regierung entschieden habe, dass bis 2016 die Hälfte aller Fahrzeuge, die in Deutschland verkehren, umgerüstet sein muss und dass ab 2020 kein Fahrzeug mehr mit Graugussbremsen fahren darf. Das sei Fakt. Sogar auf Seiten des Bundesverkehrsministeriums sei man durch den Beirat „Leiseres Mittelrheintal“ und auf Drängen von Pro Rheintal auf weitere Schäden wie Flachstellen aufmerksam geworden, die selbst bei Flüsterbremsen an den Rädern entstehen können, und deshalb sollen auch diese künftig kontrolliert und beseitigt werden. Rein rechtlich seien Fahrverbote sowohl nach deutschem Recht als auch nach EU-Recht möglich, wie der Passauer Rechtswissenschaftler Prof. Urs Kramer kürzlich in einem Gutachten für das Land Rheinland-Pfalz noch einmal bestätigte.

Daher sei es nicht mehr nachzuvollziehen, warum die Waggonhalter weiter pokerten und über die EU neue Zweifel säen würden. Immerhin würden diese mittlerweile vom Staat für die Umrüstung rund 300 Millionen Euro und von der EU noch einmal 260 Millionen Euro erhalten. Nach Ansicht von Pro Rheintal ist das mehr als das Dreifache dessen, was tatsächlich benötigt wird. Das sei dann wohl der Erfolg einer skrupellosen Industrielobby, die sich gegenüber den Belangen der Bevölkerung völlig kalt zeige und nur noch ihre Profitziele im Auge habe. Die Bezuschussung sei eine Verschwendung von Steuergeldern, denn die Fahrzeughalter seien für den ordentlichen Zustand ihrer Fahrzeuge selbst verantwortlich und nicht der Staat. Der müsse allerdings die rechtlichen Vorschriften schaffen und Grenzwerte für Güterwaggons festlegen. Das sei seit 40 Jahren überfällig und folglich seien die Fahrzeuge heute lauter als damals, während Flugzeuge und Lkw im gleichen Zeitraum um mehr als die Hälfte leiser geworden sind.

Gemeinsam mit Initiativen in Deutschland und Europa wird sich Pro Rheintal mit einer Protestnote an die EU-Kommission wenden und eine eindeutige Bekräftigung des Fahrverbots für laute Güterwaggons ab 2020 fordern. In Lärmbrennpunkten wie dem Mittelrheintal, so der frühere Verkehrskommissar Siim Kallas, können die Mitgliedstaaten, unabhängig vom Rest der EU-Mitglieder, regulierende Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung einleiten, solange diese für alle gleichermaßen gelten. Wie könnte es auch anders sein, denn der Schutz von Leben kann nach dem Grundgesetz nicht hinter wirtschaftliche Interessen zurück-

gestellt werden. Lärm torpediert Konzentration, Kommunikation und Regeneration. Genau das sind aber die drei Kernvoraussetzungen für eine moderne und nachhaltige Industrie- und Informationsgesellschaft. Das größte wirtschaftliche Interesse bleibt daher der Mensch, der produziert und konsumiert und dessen nachhaltige Gesundheit somit Grundlage des Wirtschaftssystems ist.

Gross dazu: „Die Kommission und Frau Bulc müssen jetzt Farbe bekennen und sich eindeutig positionieren. Es gibt schon heute keinen vernünftigen Grund, sich mit der Umrüstung bis 2020 Zeit zu lassen. Um so weniger gibt es einen Grund, die Umrüstung noch weiter hinauszuzögern, es sei denn, die Bahnlobby selbst hat sich innerlich schon vom Schienengüterverkehr verabschiedet. Technisch kann das Ganze viel schneller gehen, und aus der Not der Menschen und Regionen betrachtet, kann es gar nicht schnell genug gehen. Daher muss die EU jetzt zeigen, was ihr die Menschen und die gemeinsame Zukunft in Europa Wert ist, denn auch eine von mächtigen Finanzinteressen gestützte Europäische Union kann auf Dauer nicht gegen die Interessen der Menschen in Europa regieren.“

Weitere Informationen unter:

Pro Rheintal e. V. Bürgernetzwerk

Frank Gross, 1. Vorsitzender
Simmerner Straße 12
56154 Boppard
Tel. 06742 801069-0
Fax 06742 801069-1
E-Mail: info@pro-rheintal.de
www.pro-rheintal.de

Frei zur Veröffentlichung / Belegexemplar erbeten

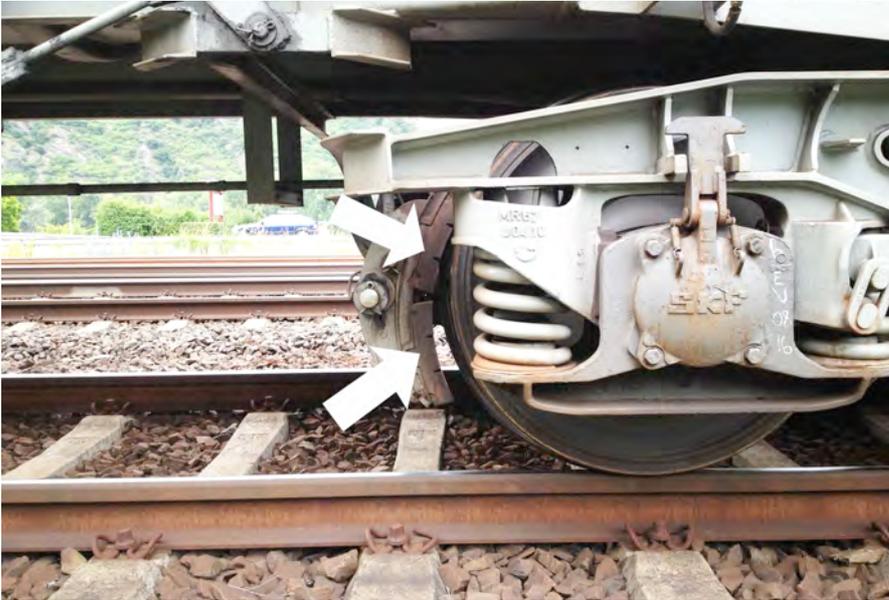


Bild: Die beiden weißen Pfeile weisen auf die zur Umrüstung anstehenden Bremsbeläge, die per Hand in wenigen Minuten ausgetauscht werden können.